

Schuharbeiter, schließt die Kampffront! Trete ein in unsere Reihen!

englischen Unternehmertums dagegen, das sich insbesondere darauf berief, daß in Deutschland junge Arbeiter bis zu 17 Stunden täglich arbeiten, wodurch es schon zu einer völligen Regeneration (körperliche Zurückgebliebenheit) gekommen sei. Zu war es Macaulay, der den Unternehmern und ihren parlamentarischen Sachwaltern zurecht:

„Ihr verachtet uns zu sehr, indem ihr uns erachtet, in einigen deutschen Fabriken arbeiten die jungen Leute 17 Stunden von den 24, sie arbeiten so hart, daß sich dort unter Tausenden nicht einer findet, der die nötige Größe erreicht, um in die Arme aufgenommen zu werden. Und ihr laßt, ob wir uns, wenn wir diese Mäßigkeit annehmen, gegen derartige Mißhandlung zu wehren vermögen. Ich lasse über den Gedanken an solche Mißhandlung. Wenn wir jemals genötigt sind, die erste Stelle unter den Sandelverleibern abzugeben, so werden wir sie nicht an ein Geschlecht entleerter Zweige, sondern irgendeinem an Körper und Geist hervorragend fröhlichen Volke abgeben.“

Zu Macaulay. Seine Prophezeiung, daß England seinen ersten Platz auf dem Weltmarkt nicht einem Volke verlor, wurde abtrünnig, sondern einem ihm überlegenem oder zum mindesten gleichwertigen hat sich erfüllt. Und was er damals nicht hat, gilt noch heute, heute sogar mehr denn je. Denn heute stellt der Arbeitsprotest an die Antilagen und körperliche Verfassungsfähigkeit des Arbeiters ganz, ganz andere Anforderungen, als es selbst im damals vorgeschrittenen England der Fall war.

Und was tat in der heutigen Unternehmung? Sie tat nichts mit uns — wie von je — gegen die notwendige Verfassung der Arbeitskraft auf, sondern sie veränderte auch noch mit allen Mitteln die Löhne der in Arbeit stehenden möglichst tief herabzubringen. Ebenso haben sie seit Jahr und Tag — und leider mit Erfolg! — darauf hingearbeitet, daß auch die Löhne ihrer besten Arbeitskraft, die Millionen Arbeiter, nur noch ganz minimale Unterhaltung erhalten, die ja Hunderttausenden von ihnen überhaupt praktisch entzogen worden ist. Die Folge ist und muß sein, daß die gesamte Lebenshaltung des arbeitenden Volkes auf ein Niveau herabgesetzt wird, das nur noch ein kümmerliches Existieren, keine irgendwie auskömmliche Lebenshaltung mehr ermöglicht.

In seiner Verblendung und Kurzsichtigkeit arbeitet bisher das deutsche Unternehmertum also darauf hin, daß nunmehr früher oder später auch für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk die Katastrophe eintreten muß, die Macaulay für England schon vor 100 Jahren ganz richtig gesehen und gekennzeichnet hat.

Friedlich — es braucht nicht so zu kommen und es muß nicht so kommen: Vor hundert Jahren haben auch die englischen Gewerkschaften nur in den Rinderhöfen. Die deutschen Arbeiter hatten überhaupt noch kein Existenzrecht. Schon der Versuch des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses wurde mit Gefängnisstrafe geahndet.

Neute dagegen haben wir in Deutschland ein wahrhaft freies Existenzrecht. Wir müssen dieses Recht ausüben, wir dürfen nicht lockerlassen, auf dem einmal beschrittenen Wege zu einer zeitgemäßen vernünftigen Regelung der Arbeitskraft zu kommen. Der Zerwürfnis der 40-Stunden-Woche gilt der Kampf!

Die 40-Stunden-Woche in der Schuhindustrie ist durchzuführen! Die Arbeitsvermehrung auf 48 Stunden von nun mehr als 12 Jahren hat die Industrie keine Schwierigkeiten bereitet. Der Achtstundentag hat sich in kurzer Zeit eingestellt. Technische Fortschritte hatten sehr bald den Ausgleich herbeigeführt. Auch das anfängliche Belastungsgefühl, welches den Gewerkschaften aus dem ersten Weltkrieg, ist ohne besondere Schwierigkeiten geteilt worden. Wir sind überzeugt, daß ein neuer Schritt bei gutem Willen zum gleichen Ergebnis führt.

Man hat nach den Kriegsjahren in dieser Industrie auch nie mehr den Versuch gemacht, am Achtstundentag zu rütteln. Die damalige Umstellung auf die kürzere Arbeitszeit ging sogar so gut, daß sogar im Verlauf von Monaten die unter den Kriegsverhältnissen direkt eingeschleppt gewesene Schuhindustrie den Vorkriegszustand weit überflügelte.

Was aber dann in den folgenden Jahren sich bemerkbar machte, hatte kaum jemals ein Mensch vorausgesehen. Die fortschreitende Spezialisierung in der Schuhindustrie, die sogenannten Nationalisierungsmaßnahmen nahmen derart an, daß die Produktivität in nie gekannter Weise sich steigern konnte. Das ist der Grund, warum die Arbeitskraft heute, nach einem Zeitabschnitt von 12-14 Jahren, auf höchst interessante Weise eine steigende Menge an Arbeitsleistung zu leisten vermag.

Anfänger der Spezialisierung der Schuhfabrikanten liegen der Spezialisierung der Schuhindustrie über. Nationalisierungsmaßnahmen nicht viel vor. Aber maßgebenden Umständen forderte man in den jüngst verflochtenen Jahren insbesondere die Arbeitskraft in vermindelter Form. Denn im weiteren Sinne genommen ist es nicht richtig, einzig und allein die 8 Stunden als Arbeitszeit anzunehmen. Der Hebertrag auf kleinere Arbeitsportionen, auch die sogenannte Zersplitterung u. dgl., forderte den Verfall der Leistung. Wenn in einem Handreich es möglich war, die frühere Arbeitszeit von 11 auf 10 zu reduzieren, also 35 Arbeiter entsprechend zu machen, bei gleichem Produktionslohn, so belag das genug allerbald.

Sich durch diese Umstellungen die Einstellung und damit die Arbeitsanpassung der Arbeiter enorm gefördert worden ist, verfiel sich am Ende. Schon das allein rechtfertigt die Durchführung eines verlässlichen Arbeitsgesetzes. Der würde Punkt der fortwährenden Mechanisierung und Spezialisierung

ist aber außerdem darin zu erblicken, daß Rechnetausende von Arbeitkräften abgehoben, d. h. „freigesetzt“ wurden, die nie mehr Aussicht haben, in dem ergriffenen Lebensberuf wieder Beschäftigung zu erhalten, wenn in der Produktionsorganisation an der seitberigen langen Arbeitsdauer festgehalten wird. Die 40-Stunden-Woche wird der Entwertung eigentlich schon nicht mehr gerecht.

In der Spezialisierung, Einführung des Fließbandes oder ähnlicher Methoden liegt die Grundursache der Dauerfreiheit des Arbeitsmarktes. Einige wenige Zahlen bezeugen die Situation: Im Zentralverband der Schuhmacher wurden vollwertig beschäftigte Arbeitskräfte gezählt:

im März 1928	7.678
im März 1929	15.936
im März 1930	16.549
im März 1931	19.128
im Oktober 1931	19.472

Die Zahl der Auszubereiteten zu den gleichen Terminen betrug 23.819, 29.314, 22.210, 24.454, 26.633. — Die Arbeitslosenquote in der Schuhindustrie hat seit mehreren Jahren Schwankungen nach unten nicht mehr gelassen. Wohl an fünfundsiebzigtausend Arbeitskräfte — und das ganz knapp gerechnet — sind im Verlaufe einer Zeitabschnitts von der Schuhindustrie als dauernd Arbeitslos abgehoben worden. (Denn hier sind ja die in anderen Verbänden gezählten nicht mitgerechnet.) Andererseits können die Arbeiter kaum unterkommen, auch nicht bei sich bestehender Konjunktur.

Denn nirgendwo ist Mangel an Arbeitskräften. Deshalb erhebt die Arbeiterkraft die Forderung: Her mit der 40-Stunden-Arbeitswoche in der Schuhindustrie! Die Zeit ist dafür reif. Es steht auch ohne weiteres fest, daß diese Arbeitszeit als Norm anzuordnen wird, das erforderliche Produktionsniveau am Schuhprodukt herbeizuführen, der besten Arbeitsperiode. Denn man müßte im übrigen bedenken: der Fortschritt in der Technik steht auch jetzt noch nicht still!

Das Flasko des Wirtschaftsbeirates Weitere Lohnsenkungsaktion Vage Preisensenkungsversprechungen

Das Intermezzo des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung hat mit einem vollkommenen Flasko geendet. Die Beschlüsse haben gezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft, die sich im Reize der politischen Macht fühlte, gar nicht daran denkt, von dieser ihrer Machtposition freiwillig etwas abzugeben. Denn die Reichsregierung, die dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung vorlag, war das Problem, wie in der kapitalistischen Wirtschaft der Vertrag zwischen Kapital und Arbeit verteilt werden soll. Die Kapitalisten fordern Senkung der Löhne und Erhöhung der Preise; denn je größer die Löhne sind, desto höher der Profit. Auch ihre Vertreter wissen genau, daß diese Politik zu neuer Schwächung der Kaufkraft der Massen führt, also den Abstieg in den Abstieg droht. Die politische Macht hat aber die Schamer in der Hand, die der Kapitalmarkt weniger interessiert als der Weltmarkt. Was infolge der hohen Inlandspreise der Inlandsabfall auslöst: je niedriger die Löhne sind, desto billiger kann nach dem Ausland exportiert werden, desto größer ist der Umsatz auf dem Weltmarkt und damit der Endprofit.

Die Senkung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, die übrigens keine Senkung in den Löhnen, sondern eine Senkung in den Preisen sind, sind in der Lohnfrage zu dem Ergebnis gekommen:

„Im Rahmen eines ausbreitenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unumvermeidlich.“

Die Senkungen haben dann fort:

„Der Grundlag der Tarifverträge muß erhalten bleiben. Auch könnte es ohne die gefährliche Unabhängigkeit keine wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht er-

Keine herabsetzenden Gespräche mehr über die Gewerkschaften!

In der heutigen Zeit, in der jeder unter den Arbeitslosen zu leiden hat und in der die soziale Verteilung der Dinge nicht immer anzuerkennen ist, wird die Gewerkschaft häufig für alle Unzulänglichkeiten der wirtschaftlichen Lage des einzelnen verantwortlich gemacht. Man schimpft und ist die Gewerkschaft in den Augen der Minderheit ab. So kommt es, daß die Arbeiter, die Agitation für die Gewerkschaft nicht nur von den älteren, sondern mehr noch von den jüngeren Kollegen zu furcht kommt.

Ueber die Frage, daß sich im „Grundstein“, dem Organ des Gesamtgewerkschaftsbundes, ein junger Kollege in folgenden Worten äußert: „Warum ist die Mitarbeit der Jugendlichen nicht so, wie wir wünschen? Warum die jungen Kollegen in der Gewerkschaftsarbeit nicht ihren gewöhnlichen Betätigungsbereich zu verlassen können, wie auf anderen Gebieten. Bei der Gewerkschaftsarbeit müssen Vernunft und Sachlichkeit vorherrschen, während bei der Jugend schluß vorherrscht. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß die jungen Kollegen sich lieber in der Politik betätigen. So mit kann man natürlich nicht die heutige Abneigung der Jugend gegenüber der Gewerkschaftsarbeit entschuldigen. Die Schuld liegt zum großen Teil bei den älteren Kollegen. Als ich kurz vor dem ersten Maler lernte, da sprach man mit Hochachtung von der Gewerkschaft. Der junge Man-

nen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gelegentliche Veränderungen zur Zeit nicht erforderlich. Gegen die eine veränderte Anschauung notwendig. Insbesondere soll die Verbindlichkeitsklärung durch Zerstörung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeschränkt werden. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich nicht als höher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, damit in der bedrängten Lage der Wirtschaft und bei dem geringen Grad der Beschäftigung Gleichgewichte erreicht werden können. Bei dieser Ausdehnung der Tarifverträge sind soziale, politische und betriebliche Unterschiede, die Vermögensunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen.“

Bei aller Vorsicht in der Formulierung liegen diese Forderungen nichts anderes, als was der Kaiser bereits in seiner Regierungserklärung, mit der er sein zweites Kabinett dem Reichstag vorstellte, angedeutet hatte: Förderung der Tarifverträge, um die Lohn- und Gehaltsentwertung abzuwehren, weiterzutreiben zu können.

Während die Lohn- und Gehaltsentwertung in aller Eindeutigkeit gefördert wird, lautet die Forderung zur

Preisensenkung

keinesfalls unbedenklich. Zwar wird ebenso wie eine Förderung der Bindungen auf dem Gebiete der Löhne auch eine Förderung der Preisbindungen gefordert. Preise und Löhne werden „in Übereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden müssen, um eine unersättliche Zerschlagung der Kaufkraft zu vermeiden“. Die Verträge erklären auch, daß insbesondere die gebundenen Preise, also die Kartellpreise, einem neuen Preisniveau angepaßt werden müssen, um dann aber fortzuführen:

„Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht ausreichen, auch sind die erforderlichen Preisentwürfe zunächst nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preispläne herbeizuführen. Taggen und Nachteilen auszuweichen, nach denen eine dem neuen Preisniveau entsprechende Preisbildung bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem zu hohen Stande beharrten. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Normen nicht eintritt, erfordert eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.“

Tiefe Lagen liegen nicht anders, als was die Regierung Brünning bisher schon immer verstanden hatte. Trotz Kartellgesetz hat sie aber nichts getan, weil ihr nur die politische Macht der Kartellisten und der Kartellisten und der Kartellisten gebunden sind. Trotz dieser neuen Forderung wird auch in Zukunft nichts gegen die gebundenen Preise geschehen.

Ebenso unklar ist der Teil der Forderung, der sich mit den landwirtschaftlichen Preisen befaßt. Es heißt da lediglich:

„Bei der Erörterung der Preise sollte der Wirtschaftsbeirat feststellen, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte in ihrem Ausmaß unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsbeirat hat daher einen Ausweg und eine Verringerung der in vielen Gebieten noch besonders hohen Preispläne für geübt. Hierbei wäre nach möglichem Beispiel die Einführung von Ausfällen zu erwägen, die an Hand der Welt- und Weltmarktpreise die angemessenen Kleinhandels- und Großhandelspreise mit anderen Worten zu decken. Ebenso erfordert dem Staat die Anweisung, daß durch Ausbauge in den Läden und andere Vorkehrungen die Preise insbesondere der Lebensmittel möglichst befriedigend gehalten werden.“

Sein Wort gegen die unzulässigen deutschen Preissteigerungen. Die das Weltmarktniveau um das dreifache übersteigen. Sein Wort zur Zollpolitik, die die Lebensmittelpreise in Deutschland unersättlich erhöht haben. Seine Zwangsmaßnahmen zur Herabsetzung der Preispläne, sondern nur die Einführung von „Ausfällen“, deren Unvollständigkeit wir schon mehr als einmal erlebt haben. Was nützen die schärfsten Maßnahmen, wenn man von ihnen nichts zu lassen frägt!

Und wie sieht die berühmte „Preisensenkung“ weiter aus?

Die öffentlichen Tarife

sollen gesenkt werden! Es heißt:

„Zur Verabreichung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und Gehältern zu einer unbedingten Senkung der öffentlichen Tarife erforderlich sind, ist die Senkung der öffentlichen Tarife erforderlich. Der Wirtschaftsbeirat erkennt an, daß in dieser Hinsicht die Reichsbahn ihre tarifliche Mitarbeit ungenügend leistet. Es ist daher zu fordern, daß die Reichsbahn ihre tarifliche Mitarbeit in der öffentlichen Tarife der öffentlichen Tarife der Reichsbahn für die öffentliche Tarife der Reichsbahn besonders wichtiger Güter von größter Bedeutung.“

(Fortsetzung nächste Seite)

haben nachdem das begerig auf. Heute, durch Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die — das muß auch einmal gesagt werden — ein Verfallnis in der Arbeitsvermittlung ist, wird alles maßlos herabgewürdigt. Man schimpft alles durcheinander und findet sich selber nicht mehr.

Die jungen Kollegen aber hören heute noch viel besser zu als wir damals. Und es kann niemand verlangen, daß die Jugend für etwas bestraft soll, von dem ein Teil der Älteren — die meisten das Wort führen — nur verächtlich spricht.

Der Älteren Kollegen, lernt erst einmal die Zusammenhänge der Wirtschaft kennen, wozu ja die Gewerkschaftsarbeit abhängig ist, und führt kurze Gespräche danach! Es sich die jungen Kollegen von der Gewerkschaftsarbeit aber ihr eigenen, hängt von eurem Verhalten ab.“

Tiefe Ausführungen zeigen die Dinge wie sie sind. Sie treffen auch nicht nur auf den Jugendgewerkschaft, sondern auf alle Verbände. Auch in unserer Organisation wird in Verammlungen und am Arbeitsort mancher gelacht, das die gewerkschaftliche Tätigkeit in ganz falschem Licht erscheinen läßt. Dabei kommt es auch vor, daß bewußt die Organisation herabgesetzt und verächtlich gemacht wird, durch eine völlige Entstellung und Verdrückung der Sachlage.

Ein solches Verhalten nicht wird verboden, und neben den älteren Mitgliedern wird auch die Jugend von der Gewerkschaft abgehoben. Wie läßt es ohne Gewerkschaft aus? Warum keine herabsetzenden Gespräche mehr über die Gewerkschaft, wie ist unser Fall und unsere Aufgabe!

3 a 116:

Tax

Nest wird der Reichskanzler die Rotverordnungsmaschine wieder in Gang setzen, um die Weißheiten durchzusetzen, die er auch ohne Wirtschaftsbeirat schon verkündet hatte.

Das letzte bishigen Wirtschaftsstraß —,
Dann wissen wir eins ganz genau:
Zschuß endlich mit dem Lohnabbau!
(Aust Kaiser Bluth in der „Leipziger Volkszeitung“.)

Anschließend ergänzte Eggert den Bericht Großmanns durch folgende Ausführungen. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und repa-

über Haltung und Absicht der Arbeitgeber vor
Neues gelehrt. Die Arbeitgeber wollen zurück auf das Lohnniveau
von 1927 und womöglich auf einen noch niedrigeren Stand des
Lohnes. Die Gewerkschaften haben sich aber nicht nur gegen

Zerfall endlich mit dem Wohnabbau!
(Nur Ratgeber Bluth in der „Leipziger Volkszeitung“)



**Das Glück wird den Kindern,
die Qual geht zu Ende!
Das Elend zu lindern,
glühn Herzen und Hände.
Willkommen, ihr Schwestern!
Vorbei ist das Gestern!
Das Alte ist richtbar!
Das Neue ist sichtbar!**

Max Barthel

(Fortsetzung folgt.)



heranzukommen, die größtenteils weder unsere Versammlungen besuchen, noch unsere Zeitungen lesen. Im Vordergrund der

beranerkennen, die größtenteils weder unsere Berührungsmomente
berühren, noch unsere Leistungen leken. Im Vordergrund stehen
Praxisaufgaben, die zu suchen: a) Auffklärung über den Status
politischer Ämter; b) Wissen und Ziele des nationalerellen
Sozialismus.
Die Sozialistische Bewegung kann sich nicht auf die
für Auffklärung sorgen. Wenn aber, wie hier, konter Auffklärungs-
versuche über die Ämter verlangt wird, dann werden sie aus. Das
Bundesrats-Mitglied mit der Sozialisation kann durch seine
Bewegungstrollen nicht aus der Welt geredet werden. Die
Bewegung ist eine, die eine neue, doch der vielen Bundesrats-
Bewegung ist.

[illegible]

Generalleutnant von Seibert,
Generaloberst von Zedlitz,
General von Zastrow.

Die Herren begeben unter Persönlichkeitschutz der schon vorgenannten Herren Kuratoren Labretspalten bis zu 14.700 N. N. Jeder von ihnen warben Die Nationalsozialistischen wurden aber nichts gegen sich zu haben. General von Zastrow, der die Nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger am 9. Dezember 1933 im Reichstag gegenüber einer Minderheitsabstimmung, die nur lebhafte entscheidende Kuratoren der Großenkammer vorlag, ausgeführt wurde. Die Nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger am 9. Dezember 1933 im Reichstag gegenüber einer Minderheitsabstimmung, die nur lebhafte entscheidende Kuratoren der Großenkammer vorlag, ausgeführt wurde.

stunoteweit in den Nationalsozialisten so bellig, wie das bei jüdischen, gräflichen und sonstigen Großpensionäre! Die obengenannten Exzellenzen und Prinzen sind für eine Arbeiterpartei wohl

[illegible]

- ## Deutschland war nie reich
- Laßt Zahlen sprechen!
- Als 1918 der Zusammenbruch kam, wurde durch die Volksbeauftragten

Zugewandten der heutigen Partei des allgemeinen freien Wahlrechts
 Sozialisten nie die Mehrheit. Die politische Gruppe breiter Volk-
 verschichten war effizient. Im Januar 1919 bei den Wahlen zu

Zusammensetzung der

Rabinnett Seidemann vom 13. Februar bis 20. Juni 1919.

Zugewandten	7
Demokraten	5
Zentrum	3

Rabinnett Bauer vom 21. Juni 1919 bis 26. März 1920.

Zugewandten	7
Demokraten	3
Zentrum	4

Rabbinet Hermann Müller vom 27. März bis 25. Juni 1920.	
Sozialdemokraten	6
Demokraten	4
Zentrum	4
Rabbinet Lehmann vom 25. Juni 1920 bis 10. Mai 1921.	
Sozialdemokraten	—
Demokraten	2
Zentrum	5
Wolfspartei	5
Ebene Partei	2
Rabbinet Dr. Reich vom 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1922.	

Sozialdemokraten	3
Demokraten	3
Zentrum	4
Freie Partei	2

Rabinnit Guno vom 22. November 1922 bis 12. August 1923.	
Zozialdemokraten	2
Femostraten	2
Zentrum	2
Volkspartei	2
Dans Volkspartei	1
Eine Partei	4
Rabinnit Stieremann vom 13. August bis 6. Oktober 1923.	
Zozialdemokraten	4

Demokraten	2
Zentrum	3
Hollspartei	2
Ehne Partei	1
2. Rabbinat Stresemann vom 6. Oktober bis 30. November 1922	
Sozialdemokraten	3
die aber bereits am 3. November	
ausscheiden	
Demokraten	2
Zentrum	3
Hollspartei	1

1. Kabinett	Freie Partei	3
	Narr vom 30. November 1923 bis 3. Juni 1924.	
	Sozialdemokraten	—
	Freisparten	3
	Zentrum	3
	Volkspartei	2
	Freie Volkspartei	1
	Freie Partei	1
2. Kabinett	Narr vom 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925.	
	Sozialdemokraten	—

Fürsten und Standesherren

Heinrich v. Treitschke.

[illegible]

„sozialistisch“ regiert!

Nationalversammlung brachten es die Sozialisten — die Kommunistische Partei bestand damals noch nicht — im ganzen auf 16 Mandate gegenüber einer Gesamtzahl von 423 Mandaten. Dem entsprechend war auch die Machtverteilung. Man sieht das schon daran, wie sich die Regierungen zusammensetzten:

Zusammensetzung der Reichsregierung seit 1919

Rabinett	Edeimann vom 13. Februar bis 20. Juni 1919.		Zemofaten	8
	Zozialdemofaten	7	Jentrum	3
	Demofaten	5	Bollfpartei	3
	Jentum	3	Cbne Partei	—
Rabinett	Bauer vom 21. Juni 1919 bis 26. März 1920.		Rabinett Zuder vom 15. Januar 1925 bis 20. Januar 1926.	
	Zozialdemofaten	7	Zozialdemofaten	—
	Demofaten	5	Demofaten	1
	Jentum	4	Jentrum	2
Rabinett	Bermann Rüdler vom 27. März bis 25. Juni 1920.		Bollfpartei	3
	Zozialdemofaten	6	Baur Bollfpartei	1
	Demofaten	4	Teufmationale	—
	Jentum	4	(bis am 28. Oktober 1925 aufzulösen)	—
Rabinett	Hehrenbach vom 25. Juni 1920 bis 10. Mai 1921.		Cbne Partei	1
	Zozialdemofaten	—		
	Demofaten	2	2. Rabinett Zuder vom 20. Januar 1926 bis 16. Mai 1926.	
	Jentum	6	Zozialdemofaten	—
	Bollfpartei	3	Demofaten	3
	Cbne Partei	2	Jentrum	3
		—	Bollfpartei	4
Rabinett	Dr. Birch vom 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1922.		Baur Bollfpartei	1
	Zozialdemofaten	1		
	Demofaten	3	2. Rabinett Riedel vom 19. Mai 1926 bis 29. Januar 1927.	
	Jentum	2	Zozialdemofaten	—
	Cbne Partei	2	Demofaten	3
Rabinett	Gunn vom 22. November 1922 bis 12. August 1923.		Jentrum	4
	Zozialdemofaten	—	Bollfpartei	3
	Demofaten	2	Baur Bollfpartei	1
	Jentum	2		
	Bollfpartei	2	4. Rabinett Riaz vom 29. Januar 1927 bis 28. Juni 1928.	
	Baur Bollfpartei	1	Zozialdemofaten	—
	Cbne Partei	4	Demofaten	—
Rabinett	Stielemann vom 13. August bis 6. Oktober 1923.		Jentrum	3
	Zozialdemofaten	2	Bollfpartei	2
	Demofaten	1	Baur Bollfpartei	1
	Jentum	3	Teufmationale	—
	Bollfpartei	1	Cbne Partei	1
	Cbne Partei	1		
2. Rabinett	Stielemann vom 6. Oktober bis 30. November 1923.		2. Rabinett Berman Rüdler vom 28. Juni 1928 bis 21. März 1929.	
	Zozialdemofaten	3	Zozialdemofaten	—
	auch bereits am 3. November		Demofaten	2
	auscheiden		Jentrum	1
	Demofaten	2	Bollfpartei	2
	Jentum	3	Baur Bollfpartei	1
	Bollfpartei	1	Teufmationale	—
	Cbne Partei	1	Cbne Partei	1
Rabinett	Riaz vom 30. November 1923 bis 3. Juni 1924.			
	Zozialdemofaten	—	Tot jezt antirende Rabinett Brining umfoht 10 Winftir	
	Demofaten	3	baurant nicht einen Zozialdemofaten.	
	Jentum	3	Von 13 Jahren haben die Sozialisten nur 61% Monate in einer	
	Bollfpartei	1	Koalition Regierung mit den Bürgerlichen geüßten. Während	
	Cbne Partei	3	der 61% Monate hatten die Sozialisten ganz 3% Monate lang	
	Baur Bollfpartei	2	die Mehrheit. 74% Monate lang waren fie in der Minderheit.	
	Baur Bollfpartei	1	Von 13 Jahren wurde nahezu 8 Jahre von einer rein bürger-	
	Cbne Partei	—	lichen Regierung gegen die Sozialisten regiert.	
2. Rabinett	Brining vom Juni 1924 bis 15. Januar 1925.		Unter den Ministern waren dreimal zwölf Bürgerliche in	
	Zozialdemofaten	—	Sozialisten!	
			und anschließend wieder mindestens sieben wogst mo-	
			nach von „Bürgerlichen Regierungen“ hielt 1918! an dreizehn	

